

# Hörschinger Aufwind

Informationen der Grünen Hörsching - Nr. 01/2006



**DIE GRÜNEN  
HÖRSCHING**

## Neue Aspekte an der B 1

Der Bau und die Erhaltung von Bundesstraßen ist vom Bund auf die Länder übertragen worden. Dementsprechend ist nun das Land Oberösterreich für den Ausbau der B 1 im Bereich Hörsching verantwortlich. **Beim bisher trassierten Abschnitt gibt es in mindestens zwei Bereichen gravierende Probleme. Das ist einerseits der vierspuriger Ausbau in Neubau und andererseits die Kreuzung B 1 und B 133.**

In beiden Fällen hat die Gemeinde Hörsching sich bereit erklärt, für eine Verbesserung der Situation einen finanziellen Beitrag zu leisten. (Was ja sehr lobenswert ist, aber sollte nicht das Land OÖ eine für alle Betroffenen zufriedenstellende Umsetzung anstreben?)

**Wir haben uns dennoch die zwei Problembereiche genauer angeschaut und folgende Fragen gestellt:**



- 1) **Vierspuriger Ausbau der B 1 und Lärmbelastung in Neubau: Wie wird mit betroffenen Anrainern umgegangen?**
- 2) **Ist die geplante Unterführung beim Pennymarkt tatsächlich die beste Lösung?**

>>> weiter auf Seite 4



## Editorial

Schon wieder nimmt das Thema **Verkehr**

einen großen Teil in unserer Zeitung ein. Der „Motorisierte“ als Belastung für AnrainerInnen vor allem der B1; den „Nichtmotorisierten“ (ja, auch FußgängerInnen und RadfahrerInnen sind Verkehrsteilnehmer) wollen wir mit unseren Berichten verstärkt Gehör verschaffen: Auch sie leisten Beiträge für Straßenbau, notwendige Schutzmaßnahmen und Schneeräumung.

Kinder und „NichtösterreicherInnen“ sind weitere Gruppen, die diesmal in unserer Zeitung Platz finden: die

Themen „**Sprachförderung im Kindergarten**“ und „**Richtlinien für die Wohnungsvergabe durch die Gemeinde**“ sind es wert, auch in der Öffentlichkeit diskutiert zu werden. Die Integration von Menschen aus verschiedenen Ländern stellt europaweit eine große Herausforderung dar, der sich auch eine „kleine“ Gemeinde wie Hörsching stellen muss. Und damit das „grüne Bodenständige“ nicht zu kurz kommt, wollen wir Ihnen zu **Beginn des neuen Gartenjahres** ein paar Anregungen liefern, der Natur auch in Ihrem Garten viel Platz zu geben.

**Barbara Stemberger**

## Inhalt

- Spedition Dachser** Seite 3
- Bundesstrassenausbau B 1**  
Anraineranliegen, Mobilität und eine geplante Unterführung **Seiten 4, 5 und 8**
- Sprachförderung in Kindergärten** Seite 9
- Bremsen der Wirtschaft?**  
Eine Entgegnung der Grünen SeniorInnen **Seite 9**
- Die Steinsiedlung**  
Mietparkplätze, Gehsteige **Seite 10**
- Wohnungsvergabe**  
Umsetzung der EU-Richtlinie **Seite 11**
- Asoziales ASVG?**  
Selbstversicherte Angehörige **Seite 12**

## Grüne Vorrunde 2006

Von Februar bis Oktober dieses Jahres werden die Grünen SpitzenpolitikerInnen alle Bezirke besuchen. Damit soll der Kontakt zur Bevölkerung vertieft werden.

**W**ir wollen verstärkt hinausgehen in die Bezirke und dabei sichtbar machen, was die Grünen in den letzten Jahren bewegen konnten“, fasst die Grüne Landesgeschäftsführerin Lätitia Gratzler die Motivation für diese Bezirks-Tour zusammen. Im Kontakt mit den Menschen vor Ort soll das Gespür für die Wünsche und Sorgen der Menschen geschärft werden.

An den Bezirkstagen werden – soweit zeitlich möglich – alle Grünen SpitzenpolitikerInnen aus Oberösterreich teilnehmen: Landesrat Rudi Anschober, Lätitia Gratzler, alle Landtags-, Bundesrats- und Nationalratsabgeordneten sowie die SpitzenkandidatInnen für die Nationalratswahl. Gratzler ist überzeugt, dass es wichtig sei, dass die Grünen als großes Team in den Bezirken auftreten: So können die vielfältigen inhaltlichen Kompetenzen der Grünen PolitikerInnen anschaulich unter Beweis gestellt werden.

### Presse – Besuche – Sprechstunde – Abendveranstaltung

Den Auftakt zu einem Bezirkstag wird ein Pressegespräch bilden. Danach werden sich die PolitikerInnen aufteilen und verschiedene Projekte und Organisationen besuchen: Betriebe, SeniorInneneinrichtungen, Verkehrsprojekte, Sozialinitiativen, usw.

Für den späteren Nachmittag sind dann Sprechstunden in verschiedenen Gemeinden des Bezirks vorgesehen. Den Abschluss wird eine Abendveranstaltung bilden.

### Motivation für die Nationalratswahlen

Natürlich sei diese Bezirkstour auch im

Hinblick auf die Nationalratswahlen wichtig: Als Landesgeschäftsführerin will sich Lätitia Gratzler im Rahmen der Bezirkstour ausreichend Zeit für persönliche Gespräche mit den Grünen AktivistInnen vor Ort nehmen. (MP) Mehr Infos zur Tour unter:

[www.ooe.gruene.at/vorrunde2006](http://www.ooe.gruene.at/vorrunde2006)

**Anpfiff!**  
**Grüne Vorrunde 2006**  
**Das Grüne Team:**

**Rudi Anschober**  
Landesrat

**Gunther Trübwasser**  
Klubobmann

**Doris Eisenriegler**  
3. Landtagspräsidentin

**Dr. DI Wolfgang Pirklhuber**  
Nationalratsabgeordneter

**Dr. in Gabriela Moser**  
Nationalratsabgeordnete

**Dr. in Ruperta Lichtenecker**  
Bundesrätin

**Gottfried Hirz**  
Landtagsabgeordneter

**Mag. Stefan Hindinger**  
Stadtrat

**Ulrike Schwarz**  
Landtagsabgeordnete

**Maria Wageneder**  
Landtagsabgeordnete

**Lätitia Gratzler**  
Landesgeschäftsführerin

**Spielplan 2006**

Fr. 17.02. Schärding	Fr. 19.05. Wels-Land	Fr. 23.06. Kirchdorf	Fr. 22.09. Braunau
Fr. 24.03. Freistadt	Fr. 26.05. Urfahr-Umgebung	Fr. 30.06. Steyr-Land	Fr. 29.09. Linz-Land
Fr. 28.04. Vöcklabruck	Fr. 02.06. Ried	Fr. 07.07. Rohrbach	Fr. 06.10. Steyr-Stadt
Fr. 12.05. Perg	Fr. 09.06. Gmunden	Fr. 08.09. Grieskirchen	Fr. 13.10. Wels-Stadt
		Fr. 15.09. Eferding	Fr. 20.10. Linz-Stadt

[www.ooe.gruene.at/vorrunde2006](http://www.ooe.gruene.at/vorrunde2006)

**DIE GRÜNEN**  
Oberösterreich

## Neue Chancen durch Globalisierung

### „Zähmung“ der Globalisierung

Die Globalisierung bringt für Oberösterreich neue Chancen aber auch zahlreiche neue Herausforderungen mit sich. Einerseits profitiert unser Bundesland von der Einbindung in ein geeintes Europa und vom Zugang zu internationalen Märkten. Andererseits drohen ökologische und soziale Mindeststandards unter dem Druck eines einseitigen internationalen Wettbewerbs geschwächt und außer Kraft gesetzt zu werden. Oberösterreich setzt jetzt Taten gegen die negativen Folgen der Globalisierung, das hat die Oö. Landesregierung auf Initiative von Grün-Landesrat Rudi Anschober beschlossen. Als erste Region bekennt sich Oberösterreich deshalb zu der Idee und den Zielen des Global Marshall Plans und hat auch schon ein konkretes Arbeitsprogramm für die nächsten Monate vorgelegt.

### Die Vision: weltweit mehr Gerechtigkeit und nachhaltige Entwicklung

Der Global Marshall Plan wurde 2003 auf Initiative des Club of Rome, des Ökosozialen Forums Europa und der Stiftung Weltvertrag als Plattform zur Zähmung der Globalisierung gegründet und wird mittlerweile von einer Reihe von Persönlichkeiten wie von Ex-Kommissar Franz Fischler, dem österreichischen Bundespräsidenten Dr. Heinz Fischer oder der EU-Außenkommissarin Dr. in Benita Ferrero-Waldner unterstützt. Die drei Kernziele sind die Umsetzung der Millenniumsziele der Vereinten Nationen für mehr Chancen für die Entwicklungsregionen, die Finanzierung der Millenniumsziele durch eine Tobin Tax, eine leichte Besteuerung der globalen Kapitaltransfers und vor allem das Durchsetzen sozialer, ökologischer und demokratiepolitischer Standards in den glo-

balen Institutionen wie Weltbank, Welthandelsorganisation und internationale Arbeitsorganisation.

### Österreichische EU-Präsidentschaft als Chance

Tatsache ist: Oberösterreich hat durch die Beschlüsse eine erste Dynamik ausgelöst: in Salzburg erfolgte auch bereits ein Beschluss zur aktiven Unterstützung des Global Marshall Plans, in der Steiermark und in Tirol läuft die Diskussion. Oberösterreich versucht nun auch die Bundesregierung ins Boot zu holen: „Mein Ziel ist es, dass wir als ersten Schritt eine Verankerung der Ideen und der Ziele des Global Marshall Plans in den Schlussdokumenten der österreichischen EU-Präsidentschaft erreichen“, so Anschober's Appell Richtung Wien.

Von Sandra Haidinger

# Wohnungsvergabe überdenken ...

Anlass für unsere Recherchen war ein Zeitungsartikel über neue Richtlinien zur Vergabe von Gemeindewohnungen in oberösterreichischen Städten. Seit 23. Jänner 2006 ist nämlich die EU – Richtlinie (2003/109/EG) „betreffend die Rechtsstellung der langfristig aufenthaltsberechtigten Drittstaatsangehörigen“ in Österreich gültig.

Die EU – Richtlinie besagt, dass Nicht-EU-BürgerInnen, die sich länger als fünf Jahre in Österreich rechtmäßig aufgehalten haben, rechtlich gleichgestellt sind mit „langfristig Aufenthaltsberechtigten“.

Bedingungen dafür sind ein regelmäßiges Einkommen, eine Krankenversicherung und Integrationsanforderungen, die national geregelt sein können. Dafür muss von der betreffenden Person ein Antrag eingereicht werden, der innerhalb von 6 Monaten abzuschließen ist. Personen, die eine Gefahr für die öffentliche Sicherheit darstellen, kann die Rechtsstellung eines langfristig Aufenthaltsberechtigten versagt werden.

## Was hat nun diese komplizierte Rechtsmaterie mit Gemeindepolitik zu tun?

Für uns war die EU – Richtlinie Anlass, die Vergabe-Richtlinien für Gemeindewohnungen in Hörsching genauer anzusehen.

Vorgemerkt werden:

- 1) österreichische Staatsbürger ab dem 18. Lebensjahr
- 2) Personen, deren Tätigkeit in Hörsching im öffentlichen Interesse ist
- 3) Nichtösterreicher ab dem 18. Lebensjahr, **die länger als 15 Jahre** in Hörsching ihren ordentlichen Wohnsitz haben.

**Da man in Österreich nach 15 Jahren ohnehin die Staatsbürgerschaft erhalten kann, bedeutet die Richtlinie der Gemeinde Hörsching sowohl für EU – als auch Nicht-EU-BürgerInnen eine Diskriminierung in punkto kommunaler Wohnungsvergabe.**

Abgesehen von den rechtlichen Aspekten finden wir eine Frist von 5 Jahren Wartezeit auf eine Gemeindewohnung auch für NichtösterreicherInnen ausreichend.

**Ängste bezüglich Störungen der Nachbarschaft durch ausländische MitbewohnerInnen sind sicher vorhanden.**

Dazu möchten wir anmerken, dass „Personen, deren bisheriges Verhalten in einer Hausgemeinschaft die Zuweisung einer Wohnung bedenklich erscheinen lässt“, ohnehin von der Wohnungsvergabe in Gemeindewohnungen ausgeschlossen sind. **Hausordnungen gelten schließlich für alle, und Nachbarschaftskonflikte treten bekanntlich auch unter österreichischen MieterInnen auf.**

## Integration

Bedenklicher erscheint uns der Umstand, dass sich in privaten Wohnquartieren mit extrem schlechter Wohnqualität soziale Randgruppen bilden können. Integration gelingt besser, wo eine soziale Durchmischung gegeben ist.

In größeren Städten (Wien, Linz, Graz) beträgt die Wartezeit für NichtösterreicherInnen für eine Gemeindewohnung auch aus diesem Grund nur mehr 5 Jahre.

**Daher stellten die Grünen Hörsching in der Gemeinderatssitzung am 16. Februar 2006 den Antrag, die Richtlinien für die Vergabe von Gemeindewohnungen in diesem Sinn zu ändern. Er wurde vom Gemeinderat zur Beratung an den Ausschuss für Wohnungsangelegenheiten weitergeleitet.**

Barbara Stemberger

 Ausfüllen (Rückseite nicht vergessen), ausschneiden und absenden!

die ganze Sache etwas diffiziler dar. Die Gemeinde betrachtet es nämlich als ihr gutes Recht, privatwirtschaftliche Verträge abzuschließen und damit entsprechend zu verdienen.

**Das mag ja grundsätzlich stimmen, nur muss meiner Meinung nach eine gewisse Verhältnismäßigkeit gegeben sein. Aber das ist eine grundsätzlich politische Diskussion, die noch geführt werden muß.**

Fritz Hummer,  
Barbara Stemberger

**Für eine bürgerInnennahe Gemeindepolitik sind wir besonders auf Ihre Informationen angewiesen. Mit dieser Karte können Sie uns Ihre Wünsche und Beschwerden senden.**

Natürlich ist es auch möglich, uns per e-mail zu kontaktieren: [hoersching@gruene.at](mailto:hoersching@gruene.at)  
Auf unserer Homepage [www.hoersching.gruene.at](http://www.hoersching.gruene.at) haben Sie außerdem noch die Möglichkeit in einem Forum Ihre Anliegen öffentlich zu platzieren.

---

---

---

---

---

# „Steinsiedlung neu“

Die Sanierung der Steinsiedlung kann im großen und ganzen als gelungen bezeichnet werden. Vor allem auch durch den fast schon übermenschlichen Einsatz von Herrn Ing. Wild. Auch die Arbeiter und Fachkräfte der ausführenden Firmen haben im großen und ganzen sehr gute Arbeit geleistet.

## Gehsteige

Ein paar „Kleinigkeiten“ werden jedoch seitens von AnrainerInnen bemängelt. Das ist zum Beispiel die immer noch leidige Parkplatzsituation oder aber ein fehlendes Stück Gehsteig vom Durchgang zwischen den Häusern Kindergartenstraße 3 und 5 zum Caritas-Kindergarten. **Durch die Errichtung zusätzlicher Parkplätze in diesem Bereich wurde ein Stück Gehsteig einfach wegrationalisiert.** Das ist unterm Jahr auch nicht wirklich ein Problem. Nur jetzt im Winter stehen FußgängerInnen (besonders schlimm ist es für solche mit Kinderwagen oder ältere Menschen) plötzlich vor riesigen Schneehaufen mit bestenfalls

winzigen Durchgängen und anschließender Eisfläche. Da wird der Weg zum Kindergarten, zur Schule oder in den Ort zum ärgerlichen, aber auch waghalsigen Unternehmen.

### Schneeräumung - für wen?

Die Schneeräumung war heuer nicht nur in der Steinsiedlung keine einfache Sache. Gemeindearbeiter, Firmen, HausbesitzerInnen und HausbesorgerInnen haben ihr bestes gegeben. Oft ging es jedoch „Schneepflug gegen Schaufeln“: Freigemachte Durchgänge wurden durch eine Fahrt des Schneepfluges wieder zugeschüttet.

**Wir betrachten es als Aufgabe der Gemeinde, FußgängerInnen in gleichem Ausmaß wie den Motorisierten freie und sichere Wege zu ermöglichen.**

## Mietparkplätze

In der Gemeinderatssitzung vom 27.06.2005 wurde auf den Einwand, dass die Parkplatzmiete im Vergleich zum Parkplatzaufkauf überhöht ist, argumentiert, dass die Mieter eines

Parkplatzes ja auch für die Fläche auf der der Parkplatz errichtet wurde extra einen Beitrag zahlen müssten. Klingt ja irgendwie logisch. Aber... **Wie hoch müsste dann dieser Beitrag angesetzt werden? Und stimmt dann wenigstens die Kalkulation?**

Nach langwierigen Recherchen konnten wir einen durchschnittlichen Richtpreis für Gewerbepachtflächen von Euro 2,40/m<sup>2</sup> pro Jahr ermitteln. Für einen Mietparkplatz in der Steinsiedlung mit geschätzten 14 m<sup>2</sup> würde das eine jährliche Flächenpacht von Euro 33,60 ergeben.

### Kalkulation Mietparkplatz (€):

#### Kauf Parkplatz (einmalige Zahlung)

Asphaltierungskosten .....	850,-
+ 20 % MwSt. ....	170,-
<b>Kaufpreis .....</b>	<b>1.020,-</b>

#### Miete Parkplatz (jährliche Zahlung)

Richtpreis Grundmiete .....	33,60
Herstellungskosten .....	146,40
+ 20 % MwSt. ....	36,-
<b>Jahresmiete .....</b>	<b>216,-</b>

#### Amortisierung:

Asphaltierungskosten 850,- plus 3% p.a. Verzinsung ergibt 948,39. Geteilt durch die Herstellungskosten 146,40 ergeben sich 6,48; das entspricht eine Amortisierung in 6,5 Jahren.

Karikatur: Thomas Pfaffmann



det gleichzeitig ständig ein beachtlicher und vielfältiger Transfer von der Generation der Alten zu der Kinder- und Enkelkindergeneration statt.

**„Transfers zwischen den Generationen sind ein dichtes Netz an Aushilfen, Unterstützungen, Dankabstattungen, Vorschüssen, an emotionalen und sozialen Investitionen, Noteinsätzen und Ausgleichsversuchen. Es ist ein ständiges zweiseitiges Fließen an Lebenshilfen, das beiden Seiten ihre konkrete Existenz erst ermöglicht.“** (A. Amann)

Ein besonderes Problem unser ganz einsei-

tig an der Erwerbsarbeit orientierten Vorstellung von Produktivität ist es, dass bei solch einer verkürzten Betrachtung nicht gesehen wird, dass die Generation 60+ neben ihrem in ihrem Erwerbsleben bereits erarbeiteten Beitrag zur Produktivität aktuell immer noch einen vielschichtigen „**intergenerationellen**“ **Produktivitätsbeitrag** leistet.

Doch all diese Transferleistungen und materiellen und immateriellen Produktivitätsbeiträge werden durch solch eine verkürzte EU-Kommissionssicht wie „Überalterung bedroht das EU-Wirtschaftswachstum dramatisch“ einfach übergangen. **In einer Situation, in der einerseits immer mehr Menschen immer älter werden, andererseits die EU-Bevölkerung bis 2050 tatsächlich zurückgehen wird, ist ein differenzierter Dialog zwischen den Generationen und eine Neuarbeitung des „Generationenvertrags“ der einzig gangbare Weg.**

Damit ist aber die Begründung für die relativ hohe Miete von Euro 15,- im Monat (jährlich immerhin Euro 216,- inkl. 20 % MwSt.) noch immer nicht überzeugend. Denn bei verlaublichen Errichtungskosten von Euro 1.020,- amortisiert sich die Investition unter Berücksichtigung einer entsprechenden Verzinsung spätestens in 6,5 Jahren.

**Deshalb ist Punkt V im entsprechenden Mietvertrag, wo festgeschrieben wird, dass „[...] die Kosten für die Erneuerung der Parkplatzmarkierung oder sonstigen notwendigen Arbeiten zu Lasten des Mieters gehen [...]“ auch nicht wirklich einzusehen.**

Nachdem die Gemeinde nach spätestens 6,5 Jahren die Investitionskosten wieder eingenommen hat und auch keine weiteren Kosten mehr anfallen, zahlen ab dann die Mieter eine reine Flächenpacht von Euro 15,43/m<sup>2</sup>. Nur eine Kleinigkeit – aber trotzdem ärgerlich. Nach einem Gespräch mit dem Amtsleiter Herrn Sackl, stellt sich die

# Spedition Dachser – Stimmungsmache durch Desinformation ?

„**Fühlen uns nicht erwünscht**“

*Hörschinger Spedition will weg*

Schlagzeile im OÖN Lokalteil vom 19.01.06

**D**iese Aussage von Herrn Klimitsch, Geschäftsführer der Firma Dachser, ist nicht wirklich nachvollziehbar. Hat doch kurz vor Weihnachten Landesrat Sigl die Einwände der Abteilung Wasserwirtschaft (Ressort Anschober) bezüglich Grundwasserschutz ignoriert und die Umwidmung ohne irgendwelche Auflagen bestätigt. Demnach ist auch der Vorwurf, das Land fordere so große Schutzwälle, dass die Grundgröße für das Unternehmen nicht mehr ausreichen würde, ein Blödsinn.

Richtig ist vielmehr, dass bei der Gemeinderatssitzung am 29.03.05 beim Grundsatzbeschluss über die Umwidmung einer Fläche von ca. 9,3 ha von Grünland in Betriebsbau-

gebiet folgende Bedingung angeführt wurde: **Im westlichen Teil des zukünftigen Betriebsgeländes soll ein Erdwall zum Schutz der westlich angrenzenden Anwesen errichtet werden. Vielleicht sollte einmal jemand von der Gemeinde mit dem Herrn Klimitsch reden ...**

Aber auch die Aussagen unseres Bürgermeisters zum selben Thema dokumentieren einen ziemlich lockeren Umgang mit der Realität. Zuerst am Bahnhof Hörsching (Feierliches Einhängen des ersten Lärmschutzelements) im November 2005 und dann noch einmal in der Gemeindezeitung Nr. 4, Dezember 2005, versucht unser Bürgermeister mit unangebrachten Vorwürfen gegenüber Umweltlandesrat Anschober und falschen Behauptungen Stimmung gegen die negative Stellungnahme der Wasserrechtsabteilung zu machen.

Das Problematische an dieser Vorgangsweise ist, dass aufgrund von Zeitdruck und Unverständnis Bedenken einer Fachabteilung als unbegründet diffamiert werden und damit Auflagen zum Schutz des Grundwassers verhindert werden.

Immerhin befindet sich das Wasserschutzgebiet Wagram in unmittelbarer Nähe (eine detaillierte Darstellung findet sich auf unserer Homepage [www.hoersching.gruene.at](http://www.hoersching.gruene.at))

Bezeichnend ist übrigens auch der Kommentar der Abteilung für Raumordnung:

„[...] ist bei einem Betriebsbaugelände dieser Größenordnung mit einer zusätzlichen Belastung des Verkehrssystems B1/B139 zu rechnen und stellt diese Neuwidmung zudem eine unkoordinierte Standortentwicklung dar. Daher wird der Umwidmungsantrag aus Sicht der überörtlichen Raumordnung abgelehnt.“

**Es bleibt nur zu hoffen, dass der Erdwall zum Schutz der Anrainer nicht auch noch weggeredet wird und wenigstens im noch notwendigen betrieblichen Genehmigungsverfahren die entsprechenden Auflagen eingefordert werden.** Auch wenn „*Korepp an einem Grundstückskonzept feilt, das für die Firma akzeptabel ist.*“ (Zitat aus OÖN 19.01.06)

**Fritz Hummer**

## Apropos: Punkt 17

**Gemeinderatssitzung 16.2.2006:**

**G**emeinderatsmitglieder haben die Möglichkeit und das Recht, sich eine Woche vor der Gemeinderatssitzung einzulesen. Das heißt, hier besteht die Möglichkeit, sich genauer über die angesetzten Tagesordnungspunkte zu informieren. Ab und zu kann es vorkommen, dass Tagesordnungspunkte erst kurz vor der Sitzung auf die Tagesordnung kommen. Durchaus legitim, denn die nächste Sitzung ist meistens drei Monate später und so vermeidet man unnötige Wartezeiten.

Aber ich als Gemeinderatsmandatar fühle mich „gefrotzelt“ wenn ein neuer Tagesordnungspunkt schon einen Tag vor meiner Einlesung feststeht und ich darüber in der Gemeinde nicht informiert werde. Noch dazu, wenn es um eine Flächenwidmungsplanänderung in Bezug auf die Firma Dach-



ser geht und die einzige visuelle Informationsquelle eine diffuse Overheadprojektion auf der Wand des Gemeinderatssaal ist.

Hinter dem Punkt 17 (Änderung des Grundsatzbeschlusses, Änderung Entwicklungskonzept und Flächenwidmungsplan) steht eine Versetzung eines Schutzwalles. Hierfür muß ein Streifen Wald gerodet werden, der auf der anderen Seite doppelt so groß wieder aufgeforstet werden muß. Das Land OÖ sieht keinen Grund sich dagegen auszusprechen.

**Wir Grünen stimmten dagegen. Nicht nur weil heikle Tagesordnungspunkte uns und den anderen Fraktionen erst in der Gemeinderatssitzung überraschend aufgetischt werden. Wir stimmten auch gegen den ursprünglichen Grundsatzbeschluss und auch gegen den Beharrungsbeschluss der Gemeinde.** Wie und warum wir zu diesem Standpunkt gekommen sind, haben wir bereits in früheren Ausgaben des „Aufwindes“ berichtet – nachzulesen auf [www.hoersching.gruene.at](http://www.hoersching.gruene.at)

**Selam Ebead**

Vierspuriger Ausbau der B1 und Lärmbelastung in Neubau:

# Wie wird mit AnrainerInnen umgegangen?

Seit mehr als 30 Jahren fordert die Marktgemeinde Hörsching eine Umfahrung Neubaus. **Bei der nun vorliegenden Trasse handelt es sich jedoch nicht wirklich um eine Umfahrung, sondern nur um eine Verlegung um einen vierspurigen Ausbau der B 1 zu ermöglichen.**

## Versprochen, aber nicht gehalten...

Die bei den Grundeinlösen versprochene 374 m lange Grünbrücke (abgesenkte Trasse mit Einhausung) war für die betroffenen Anrainer durchaus eine akzeptable Variante – abgesehen von der Situation der Familie Plasser, deren Wohnhaus zwischen der Umfahrung, Abfahrt und Auffahrt auf einer „Verkehrinsel“ zu liegen kommen würde.

So ist die von LR Hiesl (ÖVP, Verkehr) geforderte Verkürzung der Grünbrücke und der mit BM Korepp ausgehandelte „Kompromiss“ (Grünbrücke nur noch 177 m beiderseits der Neubauer Straße) für die betroffenen Anrainer aufgrund der zu erwarteten Lärmbelastung nicht zumutbar.

In einer solchen Situation blieb den betroffenen Anrainern (in diesem Fall Herr Wimberger) nur mehr die Hilfe des Umweltschutzes anzufordern. Umweltschutzwalt Johann Wimmer zog darauf seine positive Stellungnahme zu dem Projekt zurück (OÖN vom 22.11.05).

## Sinnlose Schuldzuweisungen

Aufgrund der Bedenken der Umweltschutzwalt gibt Landesrat Anschöber zu verstehen, dass er dieser Trassenverordnung nicht zustimmen könne. In der Folge wirft Landeshauptmann Stellvertreter Hiesl der Landes-SP vor, sie wolle die Trassenverordnung nicht akzeptieren und habe den Antrag zurückstellen lassen. Stimmt nicht, sagt Landeshauptmann Stellvertreter Haider .... (OÖN 25.01.06)

Wir erwarten nun von den Verantwortlichen (= Büro Hiesl), dass die EU-Richtlinie zur Lärmbelastung und die Befürchtungen der Anrainer ernstgenommen werden, und nicht bloß von aktiven Lärmschutzmaßnahmen geredet wird. Abgesehen davon: Wie lebt es sich wohl mit einer meterhohen Lärmschutzwand an der Südseite des Hauses, wie es seitens des Landes OÖ vorgeschlagen wurde? Bei einem Projekt dieser Größenordnung mit massiven Einfluss auf die Wohnqualität hunderter Menschen sollte daher eine Umweltverträglichkeitsprüfung durchgeführt werden, die die Anrainer bereits in der Planungsphase einbindet.

## Warum wird seitens des Landes in Hörsching so gespart?

Es ist kein Geheimnis, dass im Mühlviertel beim Bau der S 10 die Millionen keine Rolle spielen (die Kosten für die Einhausung am

## Was ist ...?

### ... die Umweltschutzwalt?

Die Oö. Umweltschutzwalt wurde 1990 als unabhängige und weisungsfrei gestellte Einrichtung des Landes Oberösterreich eingerichtet. Sie hat die öffentlichen Interessen des Natur- und Umweltschutzes zu vertreten und die BürgerInnen bei Umweltproblemen und Missständen zu unterstützen.

#### Ihre genauen Aufgaben:

- Parteistellung in Behördenverfahren
- Bürgerberatung und Information
- Projektbegutachtung und Planungsberatung
- Vermittlung in Konflikten
- Gesetzesbegutachtung
- Umweltprojekte und Umweltschutzinitiativen
- Information über frei zugängliche Umweltdaten

Bindermichl sind sowieso jenseitig). Dementsprechend erwarten wir, dass jetzt nicht bei den betroffenen Anrainern in Neubaus gespart wird (Kolportierte Kostenersparnis Euro 4,5 Mill). Falls dem Land wirklich das Geld ausgehen sollte, dann müsste eben die schon angedachte Bemaunung dieser stark befahrenen Bundesstraßen eingefordert werden.

**Wirklich zufriedenstellende Lösungen sehen wir zur Zeit nicht. Vielfach wird schon gezweifelt, ob die Umfahrung Neubaus überhaupt jemals realisiert wird. Diesbezügliche oder anders lautende Informationen liegen uns nicht vor. Fair wäre es, seitens des Landes bald eine Entscheidung zu treffen und bekannt zu geben.**



*Dass das Problem „Motorisierter Verkehr“ grundsätzlich durchdacht werden sollte, ist im nebenstehenden Artikel nachzulesen.*

**Fritz Hummer**

Die Kindergartenerhalter haben nun verschiedene Möglichkeiten, die Sprachförderung mittels Sprachticket anzubieten. Externe Fachkräfte bieten eigene Programme und Förderstunden an. Die Kindergartenpädagoginnen können sich aus dem Internet ([www.sprachbaum.at](http://www.sprachbaum.at)) oder durch Fortbildungen Wissen aneignen und weiterführende Literatur beschaffen.

Sie können sich mit Sprachentwicklung auseinandersetzen und gezielt die Sprachförderung für ALLE Kinder in den Kindergartenalltag einbauen.

In Hörsching werden von einer Fachkraft des Vereins SALE gezielt Förderstunden angeboten, 7 Kinder, die im Herbst zur Schule kommen, lernen spielerisch deutsch.

**Bei einem Anteil von ca. 15% Kinder nichtdeutscher Erstsprache wird Sprachförderung weiter ein Thema bleiben.** Modelle und Konzepte national und international zeigen die Möglichkeit der gezielten Sprachförderung im Kindergartenalltag mit sehr guten Erfolgen auf. Es bleibt nicht nur beim Deutschsprechen lernen, Kontakte werden geknüpft und soziales Lernen geschieht vor Ort.

Damit die KindergartenpädagogInnen diesen weiteren Anforderungen gerecht werden können, sind die Rahmenbedingungen in den Kindergärten genauer anzusehen und gezielt zu verbessern:



- Stützkräfte, wenn möglich einer Zweitsprache der zu begleitenden Kinder kundig und die Begleitung einer interkulturellen Fachkraft sind unerlässlich.
- Kinder mit nicht deutscher Muttersprache sollten den Kindergarten mindestens 2 Jahre besuchen, damit gezielte Sprachförderung wirksam werden kann.

Die Grünen des Bezirkes Linz - Land haben sich intensiv mit der Problematik beschäftigt und eine Broschüre für GemeinderätInnen erstellt. **In den Kindergärten kann sich zukunftsorientierte Bildungsarbeit entwickeln, sprachliche Förderung kann noch gezielter eingebaut werden und Mehrsprachigkeit kann als Chance begriffen werden. Dazu braucht es aber**

**verbesserte Rahmenbedingungen, die KindergartenpädagogInnen weisen immer wieder, und das mit Recht, darauf hin.**

Mit ihrer Verantwortung als Erhalter für die Kindergärten, für das Personal und für die materielle Ausstattung der Kindergärten und spielen Gemeinden dabei eine tragende Rolle.

**Krabbelstuben, Kindergärten und Horte stellen nicht nur wichtige Betreuungseinrichtungen dar, sondern erfüllen zunehmend auch wesentlich Bildungsfunktion. Dass damit auch eine große politische Verantwortung verbunden ist, möchten wir mit diesem Artikel betonen.**  
**Greti Kleinfelder**

## Ein Generationenkrieg wird angeheizt

Doris EISENRIEGLER, 3. Präsidentin des OÖ Landtags und Stellvertretende Obfrau der Grünen SeniorInnen Österreichs Dieter SCHRAGE, Vorsitzender „Die Grünen SeniorInnen“: **Zur EU-Meldung über die Alten als Bremse der Wirtschaft** (Zusammenfassung, die ungekürzte Fassung finden Sie auf unserer Homepage)

**„Überalterung bedroht EU-Wirtschaftswachstum“, „Überalterung bedrohlich“ und ähnlich betitelten Medien ihre Meldungen über eine Studie der EU-Kommission zur Entwicklung der Alterspyramide in Europa und deren Folgen.**

Laut dem Bericht der EU-Kommission soll die Quote der Über-65-Jährigen sich bis 2050 verdoppeln und durch die steigenden Kosten für Pensionen, Gesundheit und Pflege das EU-Wirtschaftswachstum, und so

auch das österreichische, im Durchschnitt von 2,4 % pro Jahr auf 1,2 % zurückgehen. Im Klartext: Die Alten sind eine Belastung für die europäischen Volkswirtschaften und ein höchst bedenklicher Kostenfaktor für die öffentlichen Haushalte. **Eisenriegler: „Diese unreflektierten Verkürzungen sind unhaltbar!“**

Anton Amann, der österreichische Sozialwissenschaftler und profilierte Gerontologe

der Universität Wien, hat in seinem Rückblick 2005 auf die „Empfehlungen“ zum Seniorenbericht 2000, die er erst vor wenigen Tagen dem Seniorenbeirat des Sozialministerium zur Kenntnis gebracht hat, unmissverständlich festgestellt, **dass die Altdiskussion in den vergangenen Jahren unangemessene und nicht tolerierbare Bilder wie:** Die Älteren sind eine Last für die Gesellschaft – Die Alten leben auf Kosten der Jungen – Die Produktivität der Älteren ist gering – Die Älteren müssen zugunsten der Gesellschaft in die Pflicht genommen werden **geschaffen hat.**

**Ein ständiger Transfer von Alt zu Jung**  
Tatsächlich erwirtschaften die Jungen auf der Basis des bewährten Pensionsumlageverfahrens einen wesentlichen Teil der aktuell auszahlenden Pensionen, doch fin-

>>> weiter auf Seite 10

# Ich bin da und du bist da ...

Ene mene mu... Es tanzt ein Bi- Ba Butzemann... Das ist der Daumen, der schüttelt die Pflaumen...  
Erinnern Sie sich an Verse und Kinderlieder aus Ihrer eigenen Kindergartenzeit? **Ein Artikel über die Sprachförderung in Kindergärten.**

Fingerspiele, Bilderbücher, Geschichten erzählen..., es lassen sich viele Möglichkeiten aufzählen, wo Sprache bewusst angewandt wird. Sprachförderung geschieht im Kindergarten jeden Tag und ist ein wichtiger Baustein der Bildungsarbeit. Dieser hat neben der Betreuung der Kinder einen sehr klaren Bildungsauftrag, der auch im öö. Kindergarten- und Hortgesetz verankert ist.

*„Die Beherrschung der Sprache ist eine zentrale Kompetenz in der Schule und im Leben. Alle Schülerinnen und Schüler sollten die Unterrichtssprache verstehen. Je früher dies gefördert wird, desto größer sind die Chancen für die Zukunft der Kinder.“*

*E. Gehrler ([www.sprachbaum.at](http://www.sprachbaum.at))*

## Enorme Bedeutung

Die Psychologie und die neuesten Erkenntnisse der Gehirnforschung haben die enorme Bedeutung der ersten Lebensjahre in Bezug auf den Spracherwerb bewiesen. Das Lernen der Erstsprache oder der Erwerb einer zweiten Sprache oder das zweisprachige Aufwachsen mit Eltern von verschiedenen Sprachherkünften: je früher, desto besser, leichter und vor allem spielerisch gelingt der Spracherwerb.

**Der Kindergarten ist die erste Bildungseinrichtung, auf ihn kommt eine enorme Herausforderung in Hinblick auf die neuen gesellschaftlichen Entwicklungen zu.**

## Nicht nur Kinder mit nichtdeutscher Erstsprache zeigen Schwierigkeiten

Die PISA-Studie hat es aufgezeigt: die Kinder aus Österreich liegen im Lesen und Verstehen an den hinteren Plätzen im europäischen Vergleich.

In den Schulen und Kindergärten finden sich immer mehr Kinder mit nichtdeutscher Erstsprache, in den Kindergärten von Hörsching sind das nun 2004/05 im Durchschnitt 15%, in Traun 50 bis 80%.

Aber es sind nicht nur die Kinder mit nichtdeutscher Erstsprache, die Probleme mit dem Sprechen und Verstehen aufweisen, auch die Kinder mit Deutsch als Erstsprache zeigen verstärkt Schwierigkeiten beim Spracherwerb und beim Sprachverständnis. Die Ergebnisse der PISA-Studie hat Ministerin Gehrler veranlasst, noch im Juli 2005 eine gezielte Sprachförderung mittels sogenannter Sprachtickets zu verordnen. Die Schuleinschreibung wurde auf Herbst vorverlegt, dort wurde speziell auf die Sprache geachtet und dort wurden die Sprachtickets vergeben.

## Das sogenannte Sprachticket

120 Stunden im Wert von 80 Euro aus dem Integrationsfond (67 Cent pro Kind und Stunde): die Erwartung auf einen „Schnellsiederdeutschlernkurs“ wurde geweckt. Die Durchführung wurde von Bundesebene auf Landesebene und von dort auf die Erhalter und PädagogInnen delegiert.

## Ist die geplante Unterführung an der Kreuzung B 1 / B 133 tatsächlich die beste Lösung?

Nach dem Ausbau der B1 im Kreuzungsbereich B 1 und B 133 wird die Fahrbahn knapp 26 m und damit für viele FußgängerInnen und RadfahrerInnen zum Queren unangenehm breit sein.

**Welche Maßnahmen könnten getroffen werden, um eine möglichst gefahrlose Querung zu ermöglichen?**

### 1) Unterführung

Diese Maßnahme wird von der Marktgemeinde Hörsching favorisiert. Geplant ist ein 30,8 m langer, 2,90 m breiter und 2,50 m hoher Tunnel mit geschätzten Errichtungskosten von Euro 0,3 Mill. (hat die Gemeinde zu zahlen).

Vorteile sind eine **durchgehende Verbindung** des bestehenden mit dem geplanten Geh- und Radweg an der Humerstraße bis in den Ort Hörsching ohne eine Gefährdung durch den motorisierten Verkehr im Kreuzungsbereich.

Nachteile ergeben sich aus der **geringen Akzeptanz** von Unterführungen aufgrund der beengten Situation (beklemmendes Gefühl beim Durchqueren vor allem für Fußgänger, Sicherheitsrisiko durch Kollisionen). Es ist daher zu befürchten, dass

trutzdem versucht wird die Kreuzung oberirdisch zu überqueren

**Eine gewisse Verbesserung würde sich durch die Verbreiterung der Unterführung ergeben, nur ist dies aufgrund der örtlichen Gegebenheiten (Kanalstrang zum Pennymarkt) ohne einen beträchtlichen Mehraufwand nicht durchführbar.**

**2) Niveaugleiche Querung**

Um ein Queren der Kreuzung mit ihren 6 Fahrstreifen oberirdisch zu ermöglichen, müsste die Ampelschaltung so gestaltet werden, dass auch auf langsam gehende Rücksicht genommen wird.

Der gewichtigste Einwand ergibt sich aus der Gefährdung der FußgängerInnen und RadfahrerInnen durch abbiegende Fahrzeuge. Hier eine zufriedenstellende Lösung zu finden ist eine Herausforderung.

**Andrew Kilpatrick, Fritz Hummer**

## Schon gesehen? Der Eltern-Kind-Parkplatz.

Auf unserer Homepage können Sie sich einen Hinweis für LenkerInnen downloaden, die irrtümlich auf einen Eltern-Kind-Parkplatz parken. Vielleicht hilft!

**M**it Kindern einzukaufen ist ohnehin immer eine Herausforderung. (Besonders wenn das Kind im besten Trotzalter steckt...) Daher sind Eltern für jede Erleichterung dankbar. Der Eltern-Kind-Parkplatz ist so eine Erleichterung. Deutlich gekennzeichnet, meistens neben den Behindertenparkplätzen, bietet er einige Vorteile für parkende Eltern. Umso ärgerlicher, wenn der Parkplatz aus Unachtsamkeit von LenkerInnen ohne Kinder benützt wird.

### Was zeichnet so einen Eltern-Kind-Parkplatz aus?

**Dieser Parkplatz ist breiter.** So kann man die Türen genügend weit öffnen, um ein Baby samt Kindersitz aus dem Auto zu holen. Auch Eltern von Kindern, die schon selbst die Türen öffnen können, sind froh, dass solche Aktionen keine Schäden am danebenparkenden Auto verursachen. Außerdem wird das Anschnallen von Kindern um einiges erleichtert!

**Dieser Parkplatz ist eben.** So kann sich der vollbepackte Einkaufswagen nicht selbstständig machen, während Kinder im Auto angeschnallt werden. Denn nur wenn die Kinder sicher im Auto untergebracht sind, können wir in Ruhe unseren Einkauf verstauen. **Außerdem ist ein Eltern-Kind-Parkplatz in der Nähe des Ein- bzw. Ausgangs.** Mit quengelnden Kindern und überquellendem Einkaufswagen sind Eltern froh um jeden Meter, der dem Auto näher ist. **Birke Ebead**

## Gehen, Rad fahren – und die B1 ...

**Familien in der Gemeinde Hörsching ist die B1 schon heute nicht ganz geheuer: Wie oft sagt ein Vater oder eine Mutter zum elf-jährigen Kind „Du, ich möchte nicht, dass du nach X allein fährst – ich bringe dich schnell hin und hole dich nachher ab“?**

**S**o werden aus zwei Wegen mit dem Fahrrad vier Wege mit einem Pkw: Viel teurer, das Zeitbudget eines Elternteils wird belastet und das Kind kommt um die Bewegung, die sein Körper braucht. Das alles, weil die Eltern verständlicherweise finden, die B1 zu queren ist für ihr Kind zu gefährlich.

**Hat unser Verkehr überhaupt Zukunft?** Doch das eigentliche Problem liegt tiefer: Fast alle Beteiligten gehen davon aus, dass an Straßen wie der B1 jedes Jahr mehr Kfz unterwegs sein werden – Ende nie.

**Viele behaupten, ein ständiges Mehr an Kfz-Verkehr sei Voraussetzung dafür, dass unsere Wirtschaft weiterhin funktioniere. Um dieses Mehr unterzubringen, sei Straßenbau unvermeidbar – oder sogar wünschenswert.**

**Doch es gibt einige Kehrseiten:**

**1.) Unser Kfz-Verkehr lebt von billigen Erdölderivaten** (die sich in den letzten 25 Jahren weniger verteuert haben als die

Semmeln). Das Zeitalter billiger Treibstoffe geht aber gerade zu Ende – weltweit steigt die Nachfrage, während die Produktion stagniert. In zehn Jahren wird der Liter Sprit zwischen 2,50 und 4 Euro kosten. Ob dann der Kfz-Verkehr weiter zunimmt? **Wir bauen also das Straßennetz für Kfz-Mengen aus, die es nur noch ein paar Jahre geben wird.**

**2.) Kinder und Erwachsene ohne Pkw haben es immer schwerer, ihre Verkehrsziele autolos zu erreichen – weil Gehen und Radfahren unattraktiver bzw. gefährlicher werden** (Bus und Bahn decken viele Bedürfnisse nicht ab). Viele Eltern sind häufig als Taxler für ihre Kinder unterwegs. Das kostet die Eltern Zeit und Geld – dafür bewegen sich ihre Kinder immer weniger (wie viele Erwachsene auch). Fettleibigkeit macht sich in Österreich breit, ganz nach US-Vorbild.

**3.) Der Kfz-Verkehr verursacht unmittelbare Beeinträchtigungen für uns und unsere Umwelt: Lärm, Gestank usw. Die BewohnerInnen von Neubau wissen ein Lied davon zu singen.**



### Was nimmt die politische Elite zur Kenntnis?

Unsere EntscheidungsträgerInnen tun weiterhin so, als verfügten wir alle unbefristet über billige Erdölprodukte. Sie bedauern zwar in Sonntagsreden, dass immer weniger gegangen und geradelt wird, befassen sich aber nicht mit den Ursachen dafür, geschweige denn mit Gegenstrategien (schließlich ist nur Kfz-Verkehr wirklicher Verkehr, nicht wahr?).

Einzig die unmittelbaren Beeinträchtigungen, die vom Kfz-Verkehr ausgehen, werden ernstgenommen und in Planungs- und Genehmigungsverfahren berücksichtigt (wie gesetzlich vorgeschrieben).

**Je länger wir aber tatenlos zusehen, wie unser Verkehr von Erdölprodukten immer abhängiger und die Rahmenbedingungen für Gehen und Radfahren immer schlechter werden, desto schwieriger wird es, den Karren wieder herumzukriegen.**

**Andrew Kilpatrick**



## Ökologie im Garten

**Dass ein Garten der Natur nahe ist, liegt sozusagen in der Natur der Sache. Aber was unterscheidet Gärten in ihrem Nutzen für die Natur rundherum?**

**A**llein schon der optische Eindruck gibt uns dafür Hinweise: Je reicher gegliedert, je vielfältiger gestaltet, desto mehr Lebensräume für Tier- und Pflanzenarten sind in einem Garten gegeben: Sträucher mit sonnigen und schattigen Bereichen, freie Plätze, hohe Bäume als Lebensraum für Vögel, Laub- und Holzhaufen als Igelversteck, vielleicht eine Wasserstelle, ein Stück ungemähte Wiese mit Blütenpflanzen als Insektenfutter. In einer schattigen Ecke neben dem Komposthaufen dürfen auch ein paar Brennnessel stehen bleiben – für manche Raupen ein Leckerbissen, den sie uns später als Schmetterlinge lohnen.

Wo es passt, darf auch ein Steinhaufen sein – er dient als Versteck für Kleintiere, und wer sieht nicht gern eine **Eidechse** in der Sonne liegen?



**Äußerst spannend für Naturliebhaber, was wir uns allein durch die Gestaltung des Gartens alles herbeilocken können.**

Wussten Sie zum Beispiel, dass sich die Larven der mystischen Leuchtkäfer von kleinen Schnecken ernähren?



**Ach ja, die Schnecken!**

Chemischer "Schneckentod" ruft bei Igeln Lähmungen hervor, wenn sie vergiftete Schnecken fressen, sagte mir ein Tierarzt. Ich habe es aufgegeben, gegen die schleimigen Salatfresser vorzugehen. Grünen Salat pflanze ich in meinem halbschattigen Garten nicht mehr – er würde über Nacht vertilgt werden. Aber der Vogelsalat bleibt für uns zum Essen, der ist ohnehin viel unkomplizierter. Ein paar Pflanzen blühen lassen, Samen fallen zu Boden – und so geht es von Jahr zu Jahr, nur das Jäten müssen wir schon selber tun.

**Übrigens, das Jäten:**

Ein paar Bereiche überlasse ich den „Schönen Wilden“. Zeigt sich z.B. zwischen den Unkräutern eine kleine, samtweiche Rosette, fast am Boden liegend, hat sich wieder ein gern gesehener Gast im Garten eingestellt:

**Die Königskerze liebt diesen Boden, und hin und wieder schafft es einer der winzigen Samen bis zum Pflänzchen.**

Dort, wo es gekeimt ist, wächst es am besten weiter – es darf aber auch versetzt werden, Sonne und Platz braucht es jedenfalls. Die Blüte stellt sich dann erst im zweiten Jahr ein: Eine imposante Heilpflanze mit äußerst attraktivem Blütenstand, die auch den Bienen gefällt. Und der Samenstand dient Singvögeln als Sitzstange. Sie helfen dafür, Insekten in Schach zu halten.



### Apropos Insekten:

Blattläuse lieben überdüngten Pflanzensaft. Lieber nur gut verrotteten Kompost oder langsam wirkende Hornspäne zu den Rosen geben statt Kunstdünger. Den Rest der Läuse erledigen dann die Marienkäfer und ihr Larven, die sich allerdings erst ca. 2 Wochen nach Eintreffen der Blattläuse so richtig ins Zeug legen.



### Die Fledermäuse

Tüchtige Insektenjäger sind übrigens auch die Fledermäuse, die man mit einem reich strukturierten Garten anlocken kann. Ihr größtes Problem sind allerdings geeignete Winterquartiere - ich frage mich, wo sie überhaupt noch welche finden: Wo sind die ungestörten Dachböden mit kleinen Schlupflöchern mitten in Hörsching? Wie auch immer, noch können wir in der sommerlichen Dämmerung die lautlosen Flatterer um die große Buche schwirren sehen.



Bei manchen Gäste ruft unser Garten Erstaunen hervor („Der Garten meiner Mutter hat ganz anders ausgesehen ...“). Gärten haben völlig unterschiedliche Bedürfnisse zu erfüllen – und unterliegen daher auch einer Art von historischem Wandel: Der Garten für Selbstversorger ist einem Erholungsgarten gewichen, der Zweck der Ernährung aus Zeitgründen oft nicht mehr erfüllbar.

### Naschgarten

Ein neuer Trend heißt „Naschgarten“, das macht weniger Arbeit und ermöglicht trotzdem ein besonderes Geschmackserlebnis. Ein paar Himbeerstauden, einige Erdbeerpflanzen, duftende Kräuterstöcke machen nicht viel Arbeit und trotzdem Freude.



**Egal, ob Sie einen Nutzgarten, Ziergarten oder einen familienfreundlichen Freizeitgarten Ihr Eigen nennen: Naturnahe Elemente lassen sich überall einbauen und sind auch mit allen Nutzungsarten vereinbar. Vielleicht muss man einfach einmal diverse Kataloge beiseite legen und vom eigenen Garten ausgehend, ökologische Gesichtspunkte in die Gartenplanung einfließen lassen. Das Ergebnis kann wohltuende Abwechslung in die oft schon sehr uniforme Gartenlandschaft bringen.**

Barbara Stemberger



## Lesetipp ...

Leben und leben lassen -

### Naturnah gärtnern als Chance

„Natur und Land“-Heft  
3/4-2005,  
Naturschutzbund,  
Artikel Manfred Luger



[...] Ein Naturgarten lässt an den faszinierenden Abläufen der Natur teilhaben - diese Erfahrung ist vor allem für Kinder wichtig. Es gibt immer etwas zu entdecken und beobachten und der Arbeitsaufwand wird nicht zum zentralen Thema. Dadurch lässt sich eine gewisse Gelassenheit bewahren, die Balsam für Leib und Seele [...]

Den ganzen Artikel lesen Sie im „Natur und Land“-Heft 3/4-2005.

Nachbestellung und genauere Infos unter der Adresse:



NATURSCHUTZBUND Oberösterreich  
Ursulinenhof, 2. Stock,  
Landstraße 31, 4020 Linz  
Tel.: 0732/77 92 79 Fax: 0732/78 56 02  
oberoesterreich@naturschutzbund.at

[www.krautundrueben.de](http://www.krautundrueben.de)

[www.krautundrueben.de](http://www.krautundrueben.de)

 info

02742 / 74 333  
Gartentelefon NÖ

# Frauen- stammtisch der Grünen Hörsching

„Gemeindepolitik –  
(k)ein Thema für Frauen?“  
Donnerstag, 23. März 2006,  
19.30 Uhr im KUSZ-Stüberl

Wir Grünen Frauen Hörsching laden alle Hörschingerinnen ein, mit uns über ihre Anliegen auf Gemeindeebene in gemütlicher Runde zu diskutieren.

- Wer ist wofür in der Gemeinde zuständig?
- Wie können Interessen eingebracht werden?
- Was sind die wichtigsten Anliegen von Frauen in Hörsching?

Wer sich durch diese oder ähnliche Fragen angesprochen fühlt, ist herzlich eingeladen. Wir werden versuchen, unsere bisherigen Erfahrungen in der Gemeindepolitik aus weiblicher Sicht einzubringen.

Birke Ebead, Greti Kleinfelder,  
Barbara Stemberger

## Asoziales ASVG?

**W**ie im letzten Aufwind letztes Mal angeführt, wurde auf Landesebene der Spitalskostenbeitrag für Versicherte auf EUR 10,- angehoben, bei gleichzeitiger Reduzierung der beitragspflichtigen Tage von 28 auf 25 Tage pro Kalenderjahr. Nun, die landespolitischen Wogen haben sich geglättet und der SP Polittheaterdonner ist kaum mehr zu hören.

Aufgrund von verschiedenen Reaktionen aus der Bevölkerung möchte ich aber beim Thema bleiben. **Der Mitversichertenbeitrag (Bundesregelung des ASVG §47) birgt sozialen Sprengstoff. Hier werden höhere Beiträge für mitversicherte Angehörige vorgeschrieben. Mit der Argumentation, dass dafür ja keine bzw. weniger Krankenversicherung zu zahlen ist...**

Diese Regelung trifft vor allem mitversicherte Ehefrauen und Kinder. Hier kann ein längerer stationärer Spitalsaufenthalt zur schier unglaublichen finanziellen Belastung führen. **28 beitragspflichtige Tage und ein Selbstbeitrag von 14,40 Euro pro Spitalstag. 28 beitragspflichtige Tage pro Kalenderjahr ergeben 403,2 Euro.** (zum Vergleich: max. 250,- Euro für Hauptversicherte pro Kalenderjahr).

*Ein nicht sehr allzuweit hergeholtes Praxisbeispiel: Im Falle einer Salmonellenvergiftung*

*... muss eine fünfköpfige Familie für neun Tage ins Spital. Die Rechnung dafür wird saftig: je 10 Euro die versicherten Eltern, je 14,40 Euro die 3 Kinder. Macht pro Tag 63,3 Euro, gesamt 568,8 Euro.*

**Auch der Zeitpunkt spielt eine Rolle, unglaublich aber wahr!**

*Ein zweites Beispiel: Aufgrund einer Krankheit muss ein mitversicherter Angehöriger für 2 Monate ins Krankenhaus. Wenn der Spitalsaufenthalt unglücklicherweise Anfang Dezember beginnt und Ende Jänner endet flattert die Rechnung von ungeheuerlichen 806,- Euro ins Haus.*

Man kann es sich nie aussuchen, wann man so schwer krank wird. **Doch finanziell würde es sich rechnen, die Krankheit in EIN Kalenderjahr zu legen.** Könnte man die Krankheit auf Anfang Jänner bis Ende Februar verschieben, kostet es nur die Hälfte, theoretisch. Von der „pro Kalenderjahr“-Regelung sind übrigens auch Versicherte betroffen.

### Armutsfalle Krankheit

Die nächste Ungerechtigkeit: Ist ein Versicherter spitalskostenbefreit, gilt das nicht für seine mitversicherten Angehörigen. In diesem Fall ist der volle Beitrag zu zahlen... (Wissenswert: Die öö. GKK hat für solche Härtefälle einen Unterstützungsfond, muss aber beantragt werden) **Selam Ebead**

**PS: Von den Grünen auf Landes- und Bundesebene werden dazu Lösungsvorschläge ausgearbeitet.**

## Impressum

An einen Haushalt;  
Postentgelt bar bezahlt

Grundlegende Richtung:  
Informationen der Grünen Hörsching  
M., H., V.: Die Grünen Hörsching,  
Kaiserweg 3, 4063 Hörsching

Redaktion:  
Birke und Selam Ebead, Fritz Hummer,  
Martin Holzmann, Andrew Kilpatrick,  
Greti Kleinfelder, Barbara Stemberger  
Auflage: 2500 Stück, Druck: Birner, Marchtrenk

Aufgabe- und Verlagspostamt Linz

Ausfüllen, ausschneiden und absenden!

### Ja, ich will...

- bei den Grünen Hörsching mitarbeiten
- regelmäßig den Hörschinger Aufwind erhalten
- über alle Veranstaltungen der Grünen Hörsching informiert werden

Vorname

Nachname

PLZ

Ort

Straße

Telefon

E-Mail

Falls Briefmarke  
zur Hand bitte  
ausreichend  
frankieren oder  
Postgebühr zahlt  
der Empfänger!

An die  
Grünen Hörsching

Fritz Hummer  
4063 Hörsching  
Kindergartenstraße 6